

Sabine Habersack

Parlaments- und Präsidentswahlen in Rumänien

am 26. November und 10. Dezember 2000

„Die Wahl zwischen Demokratie und Diktatur“ (Adev „rul, 9. 12. 2000) endete zugunsten der Demokratie und alle im In- und Ausland sind erleichtert über den Sieg des Ex-Kommunisten Ion Iliescu über den Ultra-Nationalisten Corneliu Vadim Tudor bei der Stichwahl der Präsidentenwahl am 10. Dezember 2000.

■ Was war in Rumänien am 26. 11. 2000 bloß passiert?

Diese Frage stellten nicht nur das Ausland, sondern auch die Rumänen selbst. Sofort nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen in Bezug auf die Präsidentenwahlen machte sich Entsetzen im ganzen Land breit. Elf Jahre nach der blutigen Revolution von 1989/1990, welche die über 45 Jahre andauernde kommunistische Herrschaft zu Fall brachte, manövrierten sich die Rumänen in eine alptraumartige Situation, indem sie sich die endgültige Entscheidung darüber, wer für die nächsten vier Jahre am Anfang dieses neuen Jahrtausends ihr Staatspräsident sein sollte, zwischen einem Ex-Kommunisten einerseits und einem Ultra-Nationalisten sowie ehemaligen Hofpoeten Ceaușescus andererseits in der Stichwahl am 10. Dezember vornehmen ließen.

In der Aufregung über den Erfolg Tudors ging das Ergebnis der Parlamentswahlen fast unter. Dabei hat auch dieses zu einer tiefgreifenden Veränderung der politischen Landschaft Rumäniens geführt. Denn die in den letzten vier Jahren in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien sind nicht nur abgewählt worden, sondern die Christlich-Demokrati-

Nachdem die Parlamentswahlen am 26. 11. 2000 erwartungsgemäß von der Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien (PDSR), der Ion Iliescu vorsteht, überlegen mit knapp über 36 Prozent der Stimmen gewonnen wurden, setzte sich bei der ebenfalls stattfindenden Präsidentenwahl keiner der über acht Kandidaten durch und es musste die Stichwahl am 10. Dezember 2000 die Entscheidung bringen. Die Stichwahl wurde von Ex-Kommunist Iliescu, welcher bereits von 1990 bis 1996 Staatspräsident gewesen war, deutlich mit 67 Prozent der Stimmen gewonnen, während auf den Ultra-Nationalisten Tudor 33 Prozent der Stimmen entfielen.

sche Nationale Bauern-Partei (PNfCD), welche in dem Regierungsbündnis die stärkste Kraft darstellte, hat den Wiedereinzug in das Parlament verpasst. Die mehr als 130 Jahre alte Kraft der Mitte, welche sich im Laufe der Zeit zu einer bürgerlich-christdemokratischen Partei entwickelte hatte, war vor den Wahlen ähnlich wie vor vier Jahren ein Wahlbündnis namens Demokratische Konvention 2000 (CDR 2000) eingegangen und musste mit den Bündnispartnern die für ein Wahlbündnis geltende Zehn-Prozent-Hürde nehmen. Diese aber wurde mit knapp fünf Prozent der abgegebenen Stimmen deutlich verfehlt, so dass sich die PNfCD nicht nur erneuern, sondern ihren Weg zurück auf die politische Bühne als außerparlamentarische Partei suchen muss.

Dagegen trägt die bisher oppositionelle PDSR mit ihren fast 37 Prozent der Stimmen auch bei den Parlamentswahlen einen klaren Sieg davon, den zweiten Platz mit ungefähr 23 Prozent der Stimmen nimmt die bisher ebenfalls in der Opposition stehende Partei Großrumäniens (PRM) von Tudor ein, die jetzt ihre Wählerschaft um das Sechsfache vergrößert hat. PNL als an der Koalition beteiligte Partei kann sich in ihrem Austritt aus dem alten Wahlbündnis CDR mit etwa acht Prozent der Stimmen bestätigt sehen, der Verband der ungarischen Minderheit (UDMR), der ebenfalls an der bisherigen Regierung beteiligt war, weist mit etwa sieben Prozent sein übliches Resultat auf, während die Demokratische Partei (PD) mit etwa acht Prozent der Stimmen fast die Hälfte der 1996 erzielten Stimmen verlor.

I Die Zusammensetzung des neuen Parlaments Rumäniens (Anzahl der Mandate)

■ Neuverteilung der Abgeordnetenmandate:

	Senat		Abg.-kammer	
Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien (PDSR)	65	46,43 %	155	44,93 %
Partei Großrumäniens (PRM)	37	26,43 %	84	24,35 %
Demokratische Partei (PD)	13	9,29 %	31	8,99 %
National Liberale Partei (PNL)	13	9,29 %	30	8,70 %
Magyarische Demokratische Union in Rumänien (UDMR)	12	8,57 %	27	7,83 %
Nationale Minderheiten			18	5,22 %

Im Vergleich dazu zur Erinnerung das Ergebnis der Parlamentswahlen von vor vier Jahren:

■ Die Zusammensetzung des rumänischen Parlaments im November 1996 (Anzahl der Mandate)

	Senat		Abg.-kammer	
Demokratische Konvention	53	37,06 %	122	35,57 %
Partei der Sozialen Demokratie in Rumänien (PDSR)	41	28,67 %	91	26,53 %
Sozialdemokratische Union (USD)	23	16,08 %	53	15,45 %
Magyarische Demokratische Union in Rumänien (UDMR)	11	7,69 %	25	7,29 %
Partei Großrumäniens (PRM)	8	5,59 %	19	5,54 %
Partei der Nationalen Einheit Rumäniens (PUNR)	7	4,90 %	18	5,25 %
Nationale Minderheiten			15	4,37 %

Gleich nach den Wahlen hat der große Sieger Iliescu mit Blick auf das Ausland eine parlamentarische Koalition mit dem Nationalisten Tudor ausgeschlossen. Er werde keinerlei Wende rückwärts zulassen, der demokratische Kurs sei „nicht umkehrbar“, wer glaube, dass „wir Lösungen für unsere Probleme in der totalitären Vergangenheit und in extremistischen und fremdenfeindlichen Slogans suchen, irrt sich“. Als wichtigste Aufgabe der künftigen Regierung nannte Iliescu die Sanierung der „ausgebluteten Wirtschaft“. „Wir müssen unsere ganze Energie aufbringen, um das Land aus dieser schwierigen Situation zu steuern.“

Mit solchen und ähnlichen Parolen fand Iliescu schon im Wahlkampf Anklang insbesondere bei den alten Wählerinnen und Wählern, die sich nach „der Gleichheit und Sicherheit von damals“ sehnen und nach einem durchsetzungsstarken Mann an der Spitze Rumäniens. Allein schon ihre Bezeichnung Iliescus als T „tucul, Vater, der sich um sie und ihre Familien sorgt, verdeutlicht dies.

■ Präsidentenwahlen 2000

Kandidat	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Ion Iliescu (PDSR)	36,35 %	66,83 %
Corneliu Vadim Tudor (PRM)	28,34 %	33,17 %
Theodor Dumitru Stolojan (PNL)	11,78 %	
Constantin Mugurel Isarescu (Unabhängig)	9,54 %	
Gyorgy Frunda (UDMR)	6,22 %	
Petre Roman (PD)	2,99 %	
Teodor Meleșcanu (ApR)	1,91 %	
Andere	2,87 %	

I Präsidentenwahlen 1996

Zur Erinnerung das Ergebnis der Stichwahl für das Präsidentenamt im November 1996:

Kandidat	Ergebnis
Emil Constantinescu (CDR)	54,41 %
Ion Iliescu (PDSR)	45,59 %

Wie aber ist der Erfolg Tudors zu erklären?

Lange spielten Tudor und seine PRM, zum größten Teil eine Ansammlung von ehemaligen Geheimdienstangehörigen, keine ernstzunehmende Rolle bei den Umfragen. Erst in den letzten Wochen vor der Wahl gingen seine Umfrageergebnisse sehr stark in die Höhe. Denn Tudor, ein begabter Demagoge und Schauspieler, hat seine Kampagne insgesamt nach der fast tagespolitischen Stimmung der Bevölkerung ausgerichtet und daher immer das gesagt, was die Wählerinnen und Wähler gerade aktuell von einem Politiker zu hören erwarteten. Außerdem vermittelte auch er durch sein Auftreten und seine Äußerungen den Eindruck, die Sehnsucht nach einem starken Mann stillen zu können. Schließlich konnte er sich von den anderen Parteien geschickt mit dem Argument absetzen, dass er noch nie in der Regierungsverantwortung gestanden habe und damit die schlechte wirtschaftliche und soziale Situation des Landes nicht verantworten müsse, aber die richtigen Lösungen bereit halte. Von sich selbst behauptete er: „Ich bin der Führer der Zerlumpten, Hungrigen und Verzweifelten.“ Er sprach damit jene Kreise in der verarmten und desillusionierten Bevölkerung an, die wie zu kommunistischen Zeiten einen „starken Führer“ an der Spitze des Staates sehen wollen, der zudem mit der in der Demokratie weitverbreiteten Korruption und Armut aufräumt: „Wir werden die Mafia besiegen, wir werden die Armut wegjagen“, so Tudor.

Zudem zog Tudor die Stimmen eines großen Teils der akademischen Jugend, welche ihre berufliche Zukunft aufgrund der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Situation Rumäniens kaum in ihrem Heimatland sehen und noch mehr als die alten Wählerinnen und Wähler von den bisher Regierenden – die 1996 gerade von den jungen Menschen als Aus-

druck eines wahren Neubeginns gewählt worden sind – enttäuscht wurden, in sein Lager. Teilweise aber haben gerade die jungen Wählerinnen und Wähler ihm ihre Stimme gegeben aus bloßem Protest gegenüber den anderen etablierten Parteien oder auch aus Gedankenlosigkeit, weil Tudor einfach „ein cooler Typ“ und „crazy“ sei und „wie ein Sieger aussieht“.

Zuletzt darf auch nicht die Rolle der Medien, insbesondere der Fernsehanstalten verschwiegen werden. Sie haben die politische Debatte in eine Art Politik-Zirkus verwandelt, in dem nicht nüchtern und klar über Politik gesprochen wurde, sondern in dem die politischen Diskussionen inhaltlich völlig verflacht wurden und jemand wie Tudor geschickt seine Wahlkampagne als eine Art Hiphop-Show präsentieren konnte. Seine haarsträubenden Wahlausagen wurden nie ernsthaft hinterfragt, sondern sie wurden eher mitleidig belächelt oder humorvoll kommentiert, da man ihn ohnehin nicht ernst nehmen zu müssen glaubte.

Um so massiver war dann die Vereinigung der Medien gegen Tudor nach dem ersten Wahlgang – also, als sozusagen das Kind bereits in den Brunnen gefallen war. Aber nicht nur diese vereinigten sich gegen ihn und folglich für Iliescu, sondern alle demokratischen Kräfte und Parteien. Bezeichnend dafür war eine Karikatur in *Adev, rul* kurz nach dem ersten Wahlgang, welche dieselben Bürgerrechtler, die 1996 gegen Iliescu kämpften, diesen nun auf ihren Schultern zu seinem Wahlsieg tragen ließ. Das Entsetzen über den Erfolg Tudors bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen und seiner Partei bei der Parlamentswahl ließ alle das kleinere „von zwei Übeln“ wählen, wie es Premierminister Is „rescu wie viele andere nach dem zweiten Wahlgang ausdrückte.

Auszug aus einer Tabelle über eine Umfrage zur genauen Stimmenverteilung:

■ **Das Entsetzen über den Erfolg Tudors bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen und seiner Partei bei der Parlamentswahl ließ alle das kleinere „von zwei Übeln“ wählen, wie es Premierminister Isărescu wie viele andere nach dem zweiten Wahlgang ausdrückte.**

I Präsidentenwahlen

		Iliescu	C. V. Tudor	Stolojan	Is „rescu	Frunda
Geschlecht	Männlich	35 %	32 %	11 %	9 %	6 %
	Weiblich	38 %	24 %	14 %	11 %	6 %
Alter (in Jahren)	18-29	26 %	33 %	15 %	12 %	6 %
	30-44	29 %	33 %	16 %	10 %	5 %
	45-59	40 %	26 %	12 %	9 %	7 %
	über 60	55 %	16 %	7 %	11 %	7 %
Wohnort	Dorf	48 %	26 %	6 %	7 %	7 %
	kleine Stadt	34 %	31 %	11 %	7 %	11 %
	mittelgroße Stadt	28 %	31 %	18 %	11 %	5 %
	Großstadt	29 %	27 %	19 %	16 %	2 %
Provinz	Siebenbürgen	22 %	27 %	15 %	11 %	18 %
	Moldau	46 %	28 %	11 %	9 %	0 %
	Muntenien	44 %	29 %	12 %	9 %	0 %
	Bukarest	34 %	26 %	14 %	18 %	0 %
Ausbildung	Grundschule (1.-4. Klasse)	57 %	20 %	5 %	6 %	8 %
	Weiterführende Schulen (5.-8. Klasse)	38 %	35 %	8 %	7 %	6 %
	Gymnasium	27 %	32 %	17 %	12 %	5 %
	Hochschule	21 %	19 %	27 %	21 %	4 %
Nationalität	Rumänisch	38 %	30 %	13 %	11 %	0 %
	Ungarisch	7 %	2 %	7 %	6 %	74 %
	Roma	70 %	14 %	3 %	3 %	4 %
	Andere	36 %	19 %	17 %	13 %	4 %

Quelle: Meinungsforschungs-institut IMAS

Was aber führte zu diesem Wahldebakel der Regierungskoalition, insbesondere der PNfCD als stärkster Kraft des Regierungsbündnisses?

Das Scheitern der Regierungskoalition bei den Parlamentswahlen war absehbar gewesen. Denn die Geschichte dieser Koalition war eine Geschichte der verpassten Chancen, weil diese es nicht geschafft hat, die in diesem Land so dringend notwendigen Reformen durchzusetzen. Haupthindernisse auf dem Weg zu einer entscheidenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes sind weiterhin die hohe Inflation von fast 40 Prozent, die nicht entschieden vorangetriebene Privatisierung der staatlichen Betriebe als Erblast aus der Zeit des Kommunismus, die tiefssitzende Korruption und der berechtigte Mangel an Glaubwürdigkeit. So kritisierte Günther Verheugen, der für die Erweiterung der Europäischen Union (EU) zuständige Kommissar, Anfang November 2000 bei Übergabe des aktuellen Berichts der Europäischen Kommission über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zu einem Beitritt in die EU

in Brüssel vor allen Dingen die langsame wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die fehlenden Fortschritte im Bereich der Privatisierung. Ihm zufolge herrsche in Rumänien noch „keine freie Marktwirtschaft“. Außerdem sei die makroökonomische Stabilität eher schwach, da die nötigen Strukturreformen bis jetzt nicht umgesetzt worden seien. Wegen der weiterhin herrschenden Rechtsunsicherheit in einigen entscheidenden Bereichen sei außerdem das Wirtschaftsklima „unattraktiv“. Schließlich meinte Verheugen, dass die Transparenz des Finanzsystems leider „begrenzt“ sei, zwar seien die meisten Preise freigegeben, aber insbesondere jene für öffentliche Dienstleistungen würden immer noch kontrolliert.

Dabei waren die Hoffnungen, Rumänien würde nun endlich wie die anderen ehemaligen kommunistischen Länder die notwendigen Reformen in der Wirtschaft, Verwaltung etc. angehen und so enger an Westeuropa und an die EU anschließen, vor vier Jahren ungemein groß, als endlich das Bündnis der bürgerlichen Parteien und Bürgerbewegungen Demokratische Konvention Rumäniens (CDR, bestehend aus PNfCD, PNL und anderen kleineren Parteien und Bewegungen) und ihr Kandidat für das Präsidentenamt, der Geologieprofessor Emil Constantinescu, die Parlaments- und Präsidentenwahlen gegen Iliescu gewannen. Von der „zweiten Wende“ nach 1989/1990 wurde sogar gesprochen. Die neue Regierung sollte dafür sorgen, dass sich das Land entschlossen und endgültig vom Etatismus verabschieden und alle Überreste der kommunistischen Vergangenheit überwinden wird. Denn mit diesem Versprechen wurde das Bündnis CDR und der Präsidentschaftskandidat Constantinescu 1996 zum Träger vieler Hoffnungen und Sieger der Wahlen. Und noch im November 1998 lag CDR mit 30 Prozent auf Platz 1 in der Wählergunst – trotz einer extrem schwierigen Wirtschaftslage. Den dann einsetzenden spektakulären Niedergang verdankt CDR nicht nur dem immer düsterer werdenden Zustand der Wirtschaft und dem sinkenden Lebensstandard. Inkonsequenz in der Durchführung der Reformen und eine Reihe von politischen Schnitzern, auch von Präsident Constantinescu, haben den Eindruck eines gewissen politischen Dilettantismus erweckt. Jetzt wird sogar von den im alten Bündnis CDR zusammengeschlossenen

■ So kritisierte Günther Verheugen, der für die Erweiterung der Europäischen Union (EU) zuständige Kommissar, Anfang November 2000 bei Übergabe des aktuellen Berichts der Europäischen Kommission über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zu einem Beitritt in die EU in Brüssel vor allen Dingen die langsame wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die fehlenden Fortschritte im Bereich der Privatisierung. Ihm zufolge herrsche in Rumänien noch „keine freie Marktwirtschaft“.

ehemaligen Partnern der Niedergang dadurch zu erklären versucht, dass die Parteien dieser Koalition nicht reif genug zur Regierungsausübung gewesen wären, als sie die Wahlen im November 1996 gewonnen.

Fest steht jedoch, dass sich die Koalition im Laufe der Legislaturperiode durch einen „ewigen inneren Krieg“, welcher die Regierungsarbeit mehr und mehr lähmte, auszeichnete. Gegen den entscheidungsschwachen ersten Premierminister der bürgerlich-liberalen Koalition, Victor Ciorbea, reichte die immerhin auch an der Regierung beteiligte PD am 30. März 1998 einen Misstrauensantrag ein, dem Ciorbea dann durch seinen Rücktritt vom Amt zuvorkam. Am 2. April 1998 beauftragte Staatspräsident Constantinescu den damaligen Generalsekretär der PNfCD, Radu Vasile, mit der Bildung einer neuen Regierung, der am 15. April 1998 beide Kammern des rumänischen Parlaments das Vertrauen aussprachen. Der neuen Koalitionsregierung unter Premierminister Vasile, an der wieder CDR, USD (Sozialdemokratische Union) und UDMR (Ungarerverband) beteiligt waren, gehörten auch die meisten Minister des alten Kabinetts Ciorbea wieder an.

Obwohl die neue Regierung sofort ein wirtschaftliches Reformprogramm aufstellte, in dem die Privatisierung und Umstrukturierung im Banken-, Versicherungs- und Dienstleistungssektor, die Stimulierung direkter Investitionen sowie die Senkung der auf reinvestierten Profit erhobenen Steuern Prioritäten darstellten, zeichnete sich schnell ab, dass auch sie den Reformprozess nicht richtig in Schwung bringen konnte. Denn die Umsetzung der ehrgeizigen Ziele aus dem Regierungsprogramm wurde schon bald durch erneute koalitionsinterne Konflikte gebremst, weil Vasile sein eigenes Spielchen spielte und sich immer wieder besonders kompromissbereit der PD gegenüber zeigte, die sich geschickt im Laufe der Regierungszeit als angeblich tragende Kraft der Regierung darzustellen vermochte. Dann erstarkte PNL immer mehr und setzte sich ebenfalls geschickt in das Rampenlicht des öffentlich-politischen Interesses.

So führte mangelnder politischer Konsens dazu, dass die Regierenden bei der Umsetzung ihres Programms stets die Politik des kleinstnötigen Wider-

standes wählten und sich jeweils nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen konnten, was die Handlungsfähigkeit der Regierung von Anfang an erheblich einschränkte und zwangsläufig zu Verzögerungen führte.

Nachdem die PNfCD Ende 1999 die Notbremse gezogen und Vasile als Premierminister abgesetzt hatte, ließ sich kein neuer Kandidat für den Posten aus den Reihen der PNfCD finden und man einigte sich auf den parteilosen Mugur Isărescu, bis dahin Gouverneur der Nationalbank. Dieser setzte zwar endlich einen Teil der notwendigen Reformen um und hat ein beachtlich positives Ergebnis seiner zehnmonatigen Amtszeit aufzuweisen, aber wer zu spät mit der notwendigen Arbeit startet, wird mit dieser eben auch zu spät – oder gar nicht – fertig und wird von den unzufriedenen Wählerinnen und Wählern abgewählt.

Hinzu kamen die Parteiaustritte und Parteineugründungen der abgesetzten Premierminister Ciorbea (Christlich-Demokratische Nationale Allianz, ANCD) und Vasile (Rumänische Volkspartei, PPR) im Jahr 1998, die das politische Wahlspektrum der Mitte weiter zerfransten und gerade die PNfCD als hoffnungslosen Fall erscheinen lassen wollten. Im Nachhinein muss gesagt werden, dass bereits 1998, als Ciorbea durch Vasile ersetzt wurde, die Wahl zumindest für die PNfCD verloren gegangen war. Richtiger wäre gewesen, in der damaligen verfahrenen Situation Neuwahlen anzusetzen, die die PNfCD hätte gewinnen können. Darüber hinaus verließ der ehemals im Bündnis CDR beteiligten Partner PNL das alte Wahlbündnis CDR von 1996 und stellte damit schon vor den neuen Wahlen im November 2000 die Regierungskoalition sichtbar in Frage.

Schließlich hatte auch Alia Civică (AC), welche bei der Bevölkerung sehr großes Ansehen und Vertrauen genießt, ihre Mitwirkung in dem Bündnis für unbestimmte Zeit von 1998 an unterbrochen. Ana Blandiana, Präsidentin dieser Bürgerbewegung, erklärte ihre Entscheidung damit, dass ihr Verband nicht mehr bereit sei, politische Entscheidungen mitzutragen, die einen leichtfertigen Umgang mit der Opferbereitschaft und den Hoffnungen der Bevölkerung darstellten. Der Verband der Ehemaligen Politischen Häftlinge aus Rumänien (AFDPR) war zum

Nachdem die PNfCD Ende 1999 die Notbremse gezogen und Vasile als Premierminister abgesetzt hatte, ließ sich kein neuer Kandidat für den Posten aus den Reihen der PNfCD finden und man einigte sich auf den parteilosen Mugur Isărescu, bis dahin Gouverneur der Nationalbank.

Schluss nur noch auf dem Papier Mitglied, da sich sein Vorsitzender, Senator Constantin Ticu Dumitrescu, im Konflikt mit der konservativen Führung der PNfiCD befand. Der Verband „21. Dezember“ (der Revolutionäre) hatte ohnehin keine Bedeutung mehr, und die Ökologische Partei Rumäniens (PER) sowie die Ökologische Föderation aus Rumänien (FER) waren nur Randerscheinungen im Parlament gewesen.

■ Das neue Wahlbündnis CDR 2000, gebildet von PNfCD, ANCD, UFD (Union der Rechtskräfte), FER, PM (Partei der Moldauer) sowie kleinere Bewegungen, sollte nicht nur für die kleinen neuen Wahlbündnispartner das rettende Boot werden, sondern auch für die PNfCD selbst, welcher als tragende Kraft der Regierungskoalition die Hauptlast der Schuld am Scheitern der Regierung angelastet wurde. Aber schon schnell wurde klar, dass auch CDR 2000 ein Bündnis mit nur kurzem Haltbarkeitswert sein sollte.

Das neue Wahlbündnis CDR 2000, gebildet von PNfCD, ANCD, UFD (Union der Rechtskräfte), FER, PM (Partei der Moldauer) sowie kleinere Bewegungen, sollte nicht nur für die kleinen neuen Wahlbündnispartner das rettende Boot werden, sondern auch für die PNfCD selbst, welcher als tragende Kraft der Regierungskoalition die Hauptlast der Schuld am Scheitern der Regierung angelastet wurde. Aber schon schnell wurde klar, dass auch CDR 2000 ein Bündnis mit nur kurzem Haltbarkeitswert sein sollte: Schon in der Wahlkampfzeit zerstritten sich die eigentlichen Bündnispartner medienwirksam und den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern musste bereits früh jedes Votum für CDR 2000 als eine verschenkte Stimme vorkommen. Leider trug auch PNfCD kräftig zu den bündnisinternen Querelen bei durch eigene, nicht enden wollende parteiinterne Auseinandersetzungen und öffentlichkeitswirksame Parteiaustritte vor den Wahlen aus den fadenscheinigsten Gründen von zumeist denjenigen, die keine Listenplätze für die Wahlen erhielten. So müssen die Christdemokraten nun die politische Zeche für die letzten vier Jahre zahlen. Ion Diaconescu, zum damaligen Zeitpunkt noch Vorsitzender der PNfCD, kommentierte das Wahldebakel seiner Partei noch am Wahlabend selbst mit: „Wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Krieg.“

Um diese ganzen Wirren, Enttäuschungen und unerfüllten Hoffnungen herum zählten am Wahltag im November 2000 die wenigen Erfolge, die zwischen 1996 und 2000 durch die Koalition eingeleitet werden konnten, nicht mehr. So wurden in der rumänischen Außenpolitik wichtige Schritte in Richtung Europa gemacht und die entschiedene Haltung Rumäniens an der Seite der Nordatlantischen Allianz (NATO) während des Krieges in Jugoslawien hat die nicht unberechtigte Hoffnung auf einen Beitritt zur

NATO noch vor einem Beitritt in die EU aufkeimen lassen. Innenpolitisch wurde ein wichtiges Gesetz über die Änderung und Ergänzung des Bodengesetzes Nr. 18/1991, welches zu einer großzügigeren Rückgabe des Wald- und Ackerbodens führen soll und nach seinem Initiator Legea Lupu benannt ist, verabschiedet. Ein weiterer Erfolg war das sogenannte Ticu-Dumitrescu-Gesetz, welches die Akten des ehemaligen Geheimdienstes Securitate zugänglich machte. Schließlich konnte Isarescu das Haushaltsdefizit auf die von dem Internationalen Währungsfond (IWF) geforderten 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts drücken, die Geldreserven der Rumänischen Nationalbank steigen lassen, die Auslandsschulden senken und die immer noch zu hohe Inflationsrate von knapp 40 Prozent wenigstens unter Kontrolle bringen. Gerade während seiner Amtszeit stieg der Export um 24 Prozent und die industrielle Produktion um acht Prozent; das gesamte wirtschaftliche Wachstum betrug immerhin zwei Prozent. Doch davon spürten die einfachen Menschen nichts, denn trotz dieser wenigen Erfolge sank insgesamt zwischen 1996 und 2000 der Lebensstandard der Rumänen und die Armut stieg dramatisch: Fast die Hälfte der rumänischen Bevölkerung lebt zur Zeit von weniger als durchschnittlich 50 Dollar im Monat, wovon nahezu 70 bis 80 Prozent für reine Lebenshaltungskosten aufgewendet werden müssen. So hatte Iliescu nicht Unrecht, als er während einer Wahlkampfrede in Brașov / Kronstadt meinte, dass der aktuelle Lebensstandard schlechter sei als derjenige nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Nach diesem Wahldesaster stellt sich jetzt die Frage, ob die Christliche Demokratie eine Zukunft in Rumänien hat.

Diese Frage kann mit einem klaren „ja“ beantwortet werden. Denn trotz mancher Schadenfreude gerade der politischen Gegner, denen der Sieg aufgrund der vielen Fehler der alten Regierung unter Führung der PNfCD und deren eigener Zerrissenheit fast in den Schoß gefallen ist, wird von allen Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppen immer wieder betont und die Hoffnung ausgedrückt, dass sich die Partei möglichst schnell erhole. Und noch kurz vor den Wahlen hat eine Umfrage ergeben, dass rund 20 Pro-

Fast die Hälfte der rumänischen Bevölkerung lebt zur Zeit von weniger als durchschnittlich 50 Dollar im Monat, wovon nahezu 70 bis 80 Prozent für reine Lebenshaltungskosten aufgewendet werden müssen. So hatte Iliescu nicht Unrecht, als er während einer Wahlkampfrede in Brașov / Kronstadt meinte, dass der aktuelle Lebensstandard schlechter sei als derjenige nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

zent der Bevölkerung mit den Werten der Christlichen Demokratie sympathisieren.

Unabhängig davon gilt es nun für die rumänischen Christdemokraten, entschlossen nach vorne zu blicken! Während der Regierungszeit von 1996 bis 2000 ist die klassische Parteiarbeit sträflich vernachlässigt worden. Deswegen muss die PNfiCD sozusagen von vorne anfangen, begonnen bei dem notwendigen Neuaufbau der Parteistruktur, -organisation und -finanzierung über das Finden und Fördern des möglichen Parteinachwuchses, das Training der aktiven Mitglieder und der parteipolitisch Verantwortlichen in allen Positionen bis hin zum Führen der inhaltlichen Diskussion über die Prinzipien und Ziele einer christlich-demokratischen Politik sowie der Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. Schließlich muss über die Schaffung einer neuen politischen Kraft auf der Basis christlich-demokratischer Grundwerte als wirklich schlagkräftige Alternative zur politischen Linken nachgedacht werden. So scheint ein Zusammengehen von PNfiCD mit ANCD, gegebenenfalls unter einem neuem Namen, wie inzwischen diskutiert wird, angebracht.

Schnell und konsequent hat die PNfCD bereits auf das Wahlergebnis reagiert: Schon am 30. November 2000 ist der gesamte Parteivorstand zurückgetreten, um einer Art Interimsremium, welches den Parteikongress vom 19. bis zum 21. Januar 2001 in Bukarest und erste Schritte der Parteireform vorbereiten soll, den Weg freizumachen.

Schnell und konsequent hat die PNfCD bereits auf das Wahlergebnis reagiert: Schon am 30. November 2000 ist der gesamte Parteivorstand zurückgetreten, um einer Art Interimsremium, welches den Parteikongress vom 19. bis zum 21. Januar 2001 in Bukarest und erste Schritte der Parteireform vorbereiten soll, den Weg freizumachen. Diese neue Leitungsgruppe fand sich Anfang Dezember 2000 zusammen, und seine Besetzung, insbesondere an der Spitze, dürfte bereits auf den möglichen neuen Parteivorsitzenden hinweisen. Insbesondere wurden immer wieder zwei Namen genannt, nämlich Constantin Dudu Ionescu, Ex-Innenminister, und Ion Mureşan, Ex-Landwirtschaftsminister. Letzterer – der Wunschkandidat des Parteipatriarchen Diaconescu –, zeichnet sich jedoch unumstritten weder durch gute Politik in seinem Ressort aus noch durch Glaubwürdigkeit. Inzwischen werden auch innerhalb der Partei immer mehr Stimmen laut, die fordern, dass Mureşan aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, da ihm aufgrund diverser Korruptionsvorwürfe möglicherweise entsprechende Gerichtsverfahren drohen. So hat sich dann auch Dudu Ionescu

als Vorsitzender dieses Leitungsgremiums durchgesetzt. Weitere Mitglieder sind: Vasile Lupu, bisher Vizepräsident der PNfCD und ehemaliger Abgeordneter, Remus Opris, früherer Generalsekretär der PNfCD und ehemaliger Abgeordneter, Radu Sârbu, früherer Vizepräsident der PNfCD und Noch-Chef des Fonds für die Privatisierung des Staatseigentums, sowie Bogdan Păligoi als Vorsitzender der Jugendorganisation der PNfCD.

Dieser Interimsvorstand hat sofort drei Ausschüsse eingesetzt (Ausschuss für das politische Programm einschließlich gegebenenfalls neuem Namen der Partei, Ausschuss für das Parteistatut und Ausschuss für internationale Beziehungen), die auf dem Kongress jeweils ihre Berichte für die zukünftige Arbeitsweise vorlegen sollen. Auch wird bereits auf dem Parteikongress über das Zusammengehen mit ANCD gesprochen werden, und es sollen erste Weichen gestellt werden.

Das Rennen um den Parteivorsitz ist natürlich noch nicht entschieden. Keineswegs ist sicher, dass Ion Mureș an sich bereits geschlagen gibt, darüber hinaus werden natürlich noch andere Namen wie der von Vasile Lupu genannt. Wer unter den genannten und ungenannten Kandidaten auch immer das Rennen macht, muss die Partei aus dem Dilemma der selbstverschuldeten Lähmung und weitgehenden Hoffnungslosigkeit herausführen und die eben angeprochenen Punkte entschieden vorantreiben, damit diejenigen in Rumänien, die sich nach einer starken christdemokratisch-bürgerlichen Kraft sehnen, wieder eine politische Heimat finden und nicht noch einmal notgedrungen „das kleinere Übel“ wählen müssen. Denn es darf auch nicht übersehen werden, dass Iliescu nur deshalb gegen Tudor gewonnen hat, weil die entscheidenden Stimmen aus dem bürgerlichen Lager eine Abstimmung gegen den Extremismus und für die Demokratie in Rumänien darstellen und nicht für Iliescus politisches Programm.

Wird Rumänien nun endlich den Anschluss an Westeuropa und an die EU finden, indem die seit langem notwendigen Reformen mutig angegangen werden?

Ob der neu gewählte Präsident Iliescu das Land nicht nur für diese Stichwahl einigen konnte, sondern auch in der Zukunft vereint hinter sich wissen

■ Es darf auch nicht übersehen werden, dass Iliescu nur deshalb gegen Tudor gewonnen hat, weil die entscheidenden Stimmen aus dem bürgerlichen Lager eine Abstimmung gegen den Extremismus und für die Demokratie in Rumänien darstellen und nicht für Iliescus politisches Programm.

kann, muss er erst noch zeigen. Er hat wie kaum ein anderer sein Gesicht zu wechseln gewusst – vom überzeugten Kommunisten zum Verfechter des „Sozialismus mit menschlichem Angesicht“, in welchem die Marktwirtschaft vom Staat kontrolliert werden soll. Wohin diese Auffassungen führen, zeigen die desaströsen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens unter seiner Amtszeit von 1990 bis 1996. Und bis heute sieht Iliescu auch nicht ein, dass die zögerlich bis gar nicht angegangenen Reformen in diesen sechs Jahren letztlich die wirtschaftliche Agonie der Zeit Ceaușescus verlängert haben. Daher darf es nicht verwundern, wenn Iliescu mit Blick auf die notwendigen Reformen sinngemäß sagt, dass die Restrukturierung und Privatisierung der staatlichen Betriebe zwar fortgesetzt werden müsse, dass man aber bei den Methoden vorsichtig sein müsse und diese Reformen nicht nur deshalb durchgeführt werden sollten, weil sie angeblich notwendig seien. Schimmert da nicht ein wenig wieder die alte Anhänglichkeit an den Sozialismus durch, den „Sozialismus mit menschlichem Angesicht“?

■ Der neue Premierminister Adrian Năstase mit klarer, pro-europäischer Haltung steht laut Kommentatoren für den reformfreudigen Flügel innerhalb der PDSR. Jedoch stehen auf der anderen Seite der PDSR die sogenannten Traditionalisten, die in den Strukturen und mit dem Denken aus der alten kommunistischen Zeit groß geworden sind und immer noch in den entsprechenden Schablonen denken.

Der neue Premierminister Adrian Năstase mit klarer, pro-europäischer Haltung steht laut Kommentatoren für den reformfreudigen Flügel innerhalb der PDSR. Jedoch stehen auf der anderen Seite der PDSR die sogenannten Traditionalisten, die in den Strukturen und mit dem Denken aus der alten kommunistischen Zeit groß geworden sind und immer noch in den entsprechenden Schablonen denken. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gegensätze innerhalb der Partei auch weiterhin nebeneinander existieren oder ob es zu einem offenen Flügelkampf im Laufe der Zeit kommen wird, welcher zweifellos auch Auswirkungen auf die Regierungsarbeit haben wird. So steht Năstase nicht nur mit seiner Äußerung „Wir sind absolut dazu verpflichtet“ zur Durchführung der notwendigen wirtschaftlichen Reformen und gegen diesen starken Flügel der alten Traditionalisten aus der kommunistischen Zeit einschließlich Präsident Iliescu. Folgende weitere sinngemäße Äußerung mit Bezug auf wirtschaftliche Reformen verdeutlicht diesen Gegensatz noch stärker: „Unser Denken kreist nicht nur um die Frage, wie sozialer Schutz und soziale Hilfe aufrechterhalten bleiben, sondern auch um die Frage, wie die

Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann und neue Jobs geschaffen werden können.“ Andererseits aber kündigte N „stase bereits an, dass er über das unter Is „rescu mit dem IWF ausgehandelte erlaubte Haushaltsdefizit in Höhe von 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts neu verhandeln werde: „Wir hoffen, dass ein flexibleres Einverständnis mit dem IWF dahingehend erreicht werden kann, dass wir ein Haushaltsdefizit in Höhe von vier, fünf Prozent haben dürfen, [...] welches erlauben könnte, das extrem schwere Problem in der Wirtschaft lösen zu können.“ Was der IWF seinerseits davon halten wird, hat er bereits in einer ersten Warnung an N „stase wissen lassen. „Der IWF drängt die Verantwortlichen dazu, dass deren mittelfristige Finanzpolitik ein Haushaltsdefizit in Höhe von drei Prozent des Bruttosozialprodukt als oberste Grenze anstrebt.“ Es bleibt also abzuwarten, wie Nastase den Spagat zwischen populistischen Wahlversprechen vor allem durch Iliescu und den notwendigen Reformen meistern und wie er Präsident Iliescu von der Notwendigkeit harter Reformen überzeugen wird. Auch hier stimmt eine Äußerung von N „stase dahingehend, dass die Rumänen „nicht Angestellte des IWF oder der Weltbank sind“, eher nachdenklich.

■ Eine Anmerkung zum Schluss

Rumänien ist nicht „ein gescheiterter Land am Rande Europas“, wie man in der TAZ nach dem zweiten Wahlgang im Dezember 2000 nachlesen musste. Es ist aber sicherlich gespaltener als je zuvor. Doch die deutliche Mehrheit der Bevölkerung bejaht weiterhin Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Integration in die euro-atlantischen Strukturen. Deswegen darf man sich jetzt weniger denn je von diesem Land abwenden, sondern Rumänien selbst und der Westen dürfen nicht nachlassen, dem Weg der weiteren Förderung des politischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses gemeinsam zu folgen.